

Flüchtlingsströme erobern Europa

Eberhardt Kleina

Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?

Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen: „Refugees welcome!“ – Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. Gespendete Lebensmittel, Kleidung, Spielsachen für Kinder und anderes stapeln sich für die, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, wo Krieg, Zerstörung, Elend, Not und Verfolgung herrschen, wie immer wieder von Politik und Medien im Einklang betont wird, um im sicheren Europa Schutz und Asyl zu suchen. Sie kommen auf der sog. Balkan-Route aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan, Irak, Syrien, Libanon und anderen Ländern.

Die Balkan-Route beginnt in der Türkei, verläuft über Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich bis hin nach Deutschland. Ihnen schließen sich viele Menschen aus den West-Balkanstaaten Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien an. Die andere Flüchtlingsroute verläuft über das Mittelmeer, ausgehend von Nord-Afrika, besonders Libyen. Die Menschen kommen auf halb abgewrackten, aber gestopft vollen Booten und betreten auf der italienischen Insel Lampedusa europäischen Boden, ziehen in aller Regel weiter nach Norden, ungehindert von den Staaten mit EU- Außengrenzen, etwa Griechenland und Italien. Man kommt auf zwei Routen, hat aber in der Regel ein und dasselbe Ziel: Einige wollen in westeuropäische Länder, beliebt ist auch Schweden, die meisten aber wollen nach Deutschland. „Germany! Germany!“, ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch „Almaniya!“ Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika- Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit (11.9.2015). Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang. In den letzten vierzig Jahren hat es keine deutsche Regierung geschafft, die Zahl der Ge-

burten in Deutschland durch familien- und kinderfreundliche Maßnahmen nachhaltig zu erhöhen, man wollte es wohl auch nicht wirklich. Erschwerend kommt hinzu, daß Jahr um Jahr etwa einhunderttausend Kinder nach staatlichen Gesetzen legal schon vor ihrer Geburt getötet werden, die Dunkelziffer dürfte noch einmal so hoch sein. Sind es fünf, sechs oder gar sieben Millionen Kinder, deren Leben in den letzten vier Jahrzehnten vernichtet wurde?

Im Jahre 2012 kamen 77.000 Menschen aus den genannten Regionen nach Deutschland. Zwei Jahre später waren es schon 200.000, explosionsartig stieg ihre Zahl aber seit dem Frühjahr 2015 an und erreichte bis September immer neue Höhepunkte. Im Laufe dieses Jahres wurde die Zahl der prognostizierten Ankömmlinge mehrfach regierungsamtlich nach oben korrigiert. Im Augenblick erwartet man bis Ende des Jahres 800.000, es können aber auch 1.000.000 werden, im Jahre 2016 voraussichtlich noch mehr. Allein am ersten Septemberwochenende 2015 kamen rund 20.000 Menschen in Deutschland an, am darauffolgenden Montag weitere 10.000 plus x, wie der oberbayerische Regierungspräsident Christoph Hillenbrand sagte (Bild online, 7.9.2015).

In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. „Wir schaffen das“, so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht.

Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU- Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert. Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: „Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos.“ Schilder tauchten auf: „Danke, Frau Merkel.“ In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar (Spiegel.de, 8.9.2015).

Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen.

Ist es nun eine zwangsläufige Entwicklung, daß in das kinderarme und alternde Europa die Menschen aus den Ländern mit einem hohen Geburtenüberschuß einwandern, sozusagen ein Bevölkerungsausgleich stattfindet, wobei der europäische Wohlstand noch einen zusätzlichen Anreiz bietet? Immer öfter wird dagegen die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. Beweise gibt es natürlich keine, höchstens Indizien, aber auch da muß man schon genau hinschauen. Gehen wir der Reihe nach vor.

Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen krieglerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben. Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.

Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben. Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.

War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in die genannten Länder militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?

Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutschland. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? Historiker werden später eine Antwort finden.

Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. „Islamische Staat“. Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften (Daily Mail online, 6.9.2015). Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet. Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an ei-

nen Geheimbeschuß der „Panislamischen Konferenz“ aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: „Das ganze Gebiet (Naher Osten) ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien..... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen.“ (Europe News, 13.10.2009)

Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die „Panislamische Konferenz“ umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran, um den Islam „über jede andere Religion siegreich zu machen.“ (Sure 61,9)

Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch „Der wahre Imam“, demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden (S.64).

Ernst genommen haben das nur wenige, leider. Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft (siehe neben Sure 61,9 auch Sure 2,193; 8,39). Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: „Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht.“ Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten jüden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.

Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationsswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache stärke (N-TV, 25.8.2015).

Dem gläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung ein probates Eroberungsmittel war (Einwanderungs-Dschihad), das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 n.Chr. anwendete. Nach seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflös in seine Hand. Daß die Masseneinwanderung von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: „Die Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moscheegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben.“ (Tagesspiegel, 27.8.2015)

Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier woh-

nen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrepelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern. Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes „Islamisches Konzil“: „Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah (Weltgemeinschaft) und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen.“ (Jugendmagazin der Muslimischen Jugend TNT, Nr. 1/9, 1996).

Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.

Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegerischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegerischen Mitteln, eben durch Einwanderung. Die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien gehen mit Einwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden ganz anders um. Niemand, der bestimmten Kriterien nicht genügt, kommt ins Land. Auch Polen, Ungarn, Tschechen und andere weigern sich, die jetzt Ankommenden aufzunehmen, wenn überhaupt, dann nur christliche Flüchtlinge.

Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden. Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:

„Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden.“ (Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).

„Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“ (Jürgen Trittin, Bündnis90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).

„Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht.“ (Claudia Roth, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).

„Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali.“ (Cem Özdemir, Bündnis90/Die Grünen).

„Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“ (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).

„Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“ (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-Parlaments).

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: „Deutschland verrecke!“ Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert.

Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.

Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden – die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert – aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.

Auch ein Volk kann sich ändern (Jona, Kap.3), und Deutschland hat sich geändert, wie die Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. (Hes. 18, 1- 24). Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.

Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen, wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zugunsten des Islam zurückzudrängen.

Geradezu grotesk erscheint es, wenn Gregor Gysi am 9.9.2015 im Bundestag ausgerechnet auf die Bergpredigt der Bibel hinweist, um die gegenwärtige Masseneinwanderung zu unterstützen. In Fragen der Homo-Ehe und Abtreibung schweigt man sich über die Bibel lieber aus. Tatkräftige Unterstützung für linke Positionen gewährt auch die evangelische Kirche. Die Gender-Ideologie hat man übernommen, und seit Jahrzehnten fährt man hier einen Annäherungskurs an den Islam.

Gott, der Vater Jesu Christi, und Allah im Koran seien identisch. Anschläge, Massaker und andere Greuelthaten im Namen Allahs erklärt man als Mißbrauch des eigentlich friedlichen Islam und als Einzelfälle. Letzter Stand der Annäherung: Der EKD-Chef Bischof Bedford-Strohm ist Mitglied im Kuratorium des Münchener Islam-Zentrums. Leider ist auch die katholische Kirche im Islam-Zentrum vertreten, allerdings nicht mit einem Bischof. Auch hier ist man seit dem 2. Vatikanischen Konzil überzeugt, mit den Muslimen denselben Gott zu verehren, eine biblisch unhaltbare Position.

Aktuell erklärte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Reinhard Marx im NDR-Info-Radio am 24.9.2015, Christen müssten die heutigen Flüchtlinge schon deshalb aufnehmen, weil der neugeborene Jesus mit seinen menschlichen Eltern auch ein Flüchtling gewesen sei, nach Ägypten fliehen mußte, weil Herodes ihn umbringen wollte. Das stimmt. Dennoch ist dieser Hinweis völlig unangebracht. Denn Joseph, Maria und Jesus kehrten nach Hause zurück, als die Gefahr vorüber war. Die heutigen Flüchtlinge aber werden bleiben und sollen es wohl auch.

Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen.

Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao-Tse-Tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut.

Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:

„Die europäischen Spitzenpolitiker.... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier

über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch, Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde.“ (Bild online, 12. 9.2015)

Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38% der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa (FAZ, 13.9.2015). Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. Am 13.9.2015 zog die deutsche Regierung die Notbremse und führte wieder Grenzkontrollen ein. Es bleibt abzuwarten, wie effektiv sie sind.

Schon jetzt haben Städte und Gemeinden die größten Probleme, die lawinenartig hereinströmenden Menschenmassen unterzubringen. Turnhallen werden beschlagnahmt und als Unterkünfte hergerichtet, leerstehende Gebäude mit beträchtlichem Kostenaufwand renoviert. Private Hauseigentümer fordert man bereits auf, nichtgenutzten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, das sei „Gold wert für die Integration“, so Katrin Göring-Eckhardt von den Grünen (Junge Freiheit, 6.9.2015).

Da voraussichtlich zu wenig privater Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, sind schon Zwangseinquartierungen angedacht. Hamburg will noch im Oktober ein Gesetz verabschieden, wonach leerstehende Gewerbeimmobilien im Privatbesitz beschlagnahmt werden können (N-TV, 23. 9. 2015).

Die ersten Städte werfen Mieter aus stadteigenen Wohnungen, melden Eigenbedarf für die Neuankömmlinge an, wie in Paderborn (Neue Westfälische, 28.7.2015), oder quartieren eine ganze Schule aus, wie in Lübbecke, wo Hals über Kopf innerhalb einer Stunde die Realschüler ihr Schulgebäude verlassen mußten, also vertrieben wurden, um Platz zu schaffen (Westfalenblatt, 18.9.2015), bundesweit bisher einmalig. So geht man nicht mit Menschen um, die Eltern dieser Schüler sind Steuerzahler, der Staat hat eine Fürsorgepflicht für seine Bürger.

Die ursächliche Schuld liegt natürlich bei der Regierung, die die Fremden massenweise ins Land läßt, ausbaden muß es das Volk. Man hat den Eindruck, daß die Behörden völlig überfordert sind. Mit derartigen Zuständen hatte niemand gerechnet. Der Winter steht vor der Tür, viele Menschen in Zeltstädten müssen in feste Quartiere, aber wohin? Schon jetzt brodelt es im Volk, wie man in Gesprächen leicht herausfinden kann.

Haben die Zuwanderer ein Recht, hier zu sein?

Ganz deutlich muß man sagen: Nein! Juristisch gesehen sind es Illegale, die jetzt ins Land strömen. Sie hätten laut EU- Gesetzgebung (Dublin-Abkommen) in dem Land Asyl beantragen müssen, wo sie zuerst den Boden eines EU- Mitgliedslandes betreten haben. Sie sind Rechtsbrecher. Als Illegale haben sie mehrere sichere EU-Staaten durchquert, wenn sie in Deutschland ankommen. Auch das deutsche Grundgesetz legt in Artikel 16a, Absatz 2 fest: „Ausländer, welche über einen Staat der EU oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, können sich nicht auf das Asylrecht berufen.“ In gigantischem Maß wird demnach Rechtsbruch begangen und zugelassen. Interessant ist, daß die Einreisenden in allen Medien und politischen Verlautbarungen als

Flüchtlinge bezeichnet werden. Diese Bezeichnung ist mit Absicht gewählt, eine Manipulation durch Sprache, um die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen zu erhöhen. Denn ein Flüchtling ist nach allgemeiner Auffassung und Sprachgebrauch ein Mensch, der ein schweres Schicksal hinter sich hat, dem man helfen muß, alles andere wäre unmenschlich, so bestimmt es unsere christlich geprägte Kultur, Nächstenliebe und Humanität. Das Handeln des barmherzigen Samariters (Lk. 10, 30ff) ist Grundbestandteil unserer Ethik.

Die Frage aber, ob diese Menschen wirklich Flüchtlinge sind, wird gar nicht erst gestellt. Sie sind es zu einem großen Teil nicht, und ein Anrecht auf Asyl hat keiner, da sie bereits aus einem Lager in einem sicheren Land kommen. Nur wenige dürften direkt aus dem Kriegsgebiet kommen, aber auch sie hätten im ersten EU-Land Asyl beantragen müssen. Nach internationalem Recht ist für Kriegsflüchtlinge der UNHCR, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, zuständig. Er wird von den Mitgliedern der Vereinten Nationen mit einem Milliardenbudget ausgestattet, damit er hilft, wo Hilfe geboten ist. Und wo Hilfe geboten ist, ist im internationalen Recht ebenfalls genau festgelegt: Flüchtlingen wird im Nachbarland des Krieges geholfen bzw. im ersten Land, in dem Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Menschen gewährleistet sind. Und das ist im Falle Syriens zum Beispiel die Türkei und Jordanien. Deutschland ist es nicht. Nun kann sich Deutschland ganz abgesehen vom internationalen Recht natürlich freiwillig bereit erklären, die Türkei oder Jordanien zu unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen. Das ginge ohne weiteres, der UNHCR würde es organisieren. Die Menschen würden dann ganz regulär etwa mit Flugzeugen nach Deutschland gebracht. Erhöht es aber die Aufnahmebereitschaft der Einheimischen und ist es medienwirksamer zu berichten, sie seien Tausende Kilometer unter großen Strapazen zu Fuß hierher gekommen?

In dem besagten Interview antwortet der ungarische Ministerpräsident Orbán auf die Frage, wohin denn die Menschen gehen sollen, wenn ab dem 15.9.2015 Ungarn, wie angekündigt, seine Grenzen dicht macht. Orbán: „Dorthin, wo sie herkommen. Diese Migranten kommen ja nicht aus dem Kriegsgebiet zu uns, sondern aus Lagern in den Nachbarstaaten Syriens... Dort waren sie in Sicherheit. Diese Menschen fliehen also nicht vor der Gefahr, sie sind bereits geflohen und mußten nicht mehr um ihr Leben fürchten. Diese Menschen kommen nicht nach Europa, weil sie Sicherheit suchen, sondern sie wollen ein besseres Leben als in den Lagern. Sie wollen ein deutsches Leben, vielleicht ein schwedisches. Die Lebensumstände in Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich genügen ihnen nicht. Persönlich kann ich das verstehen. Aber es gibt kein Grundrecht auf ein besseres Leben, nur ein Recht auf Sicherheit und Menschenwürde.“ (Bild online, 12.9.2015) Mit anderen Worten: Es sind Wirtschaftsflüchtlinge, etwa 80% der Ankommenden sind aus diesem Grund hier. Das aber verschweigt man oder sagt es nur ganz kleinlaut.

Alle, die hierher kommen, müssen einen Asylantrag stellen. Viele haben unterwegs allerdings ihre Papiere „verloren“. Wer angibt, er komme aus dem Bürgerkriegsland Syrien, hat gute Aufnahmekancen. Oder er legt sogar gefälschte Papiere vor, für 750 Euro erhältlich in zwei Tagen, hergestellt wahrscheinlich in der Türkei, wie der niederländische Journalist Harald Doornbos recherchierte (N24.de, 17.9.2015). Spiegel online meldete am 11.9.2015, die deutsche Botschaft

in Kabul/Afghanistan habe mitgeteilt, es gebe Anzeichen, daß die afghanische Regierung eine Million Pässe ausgestellt habe, die die Ausreise nach Europa ermöglichen. Die Personen aus den Westbalkanstaaten fliehen definitiv nicht vor Krieg und Terror, ihre Anträge dürften abgelehnt werden. Aber die Aussicht, selbst bei Ablehnung wieder abgeschoben zu werden, ist gering. Die 145.000 abgelehnten Asylbewerber der Vorjahre sind immer noch hier (Bild.de, 5.10.2014). Abschiebungen werden nur in etwa 10% der Fälle durchgeführt, zudem oft verhindert von Einheimischen aus dem linken politischen Lager.

Die besondere Attraktivität Deutschlands erklärt sich aus den hohen Leistungen, die die Einwanderer hier erhalten, nur wenig unter Hartz-IV-Niveau, was man zu Hause durch reguläre Erwerbsarbeit meist nicht erreicht. Von Anfang an werden sie in die Sozialsysteme aufgenommen, faktisch gleichgestellt den Mitgliedern der Solidargemeinschaft, die jahre- und jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt haben.

Auch die medizinische Versorgung, die Unterbringung in hier üblichen Wohnungen, die Bildungseinrichtungen und anderes sind für die Menschen sehr attraktiv. Deutschland aber wird angesichts der zu erwartenden Menschenmassen schnell überfordert sein, es kann nicht die Rolle des Welt- Sozialamtes spielen.

Dies und die beinahe bedingungslose Aufnahmebereitschaft für alle, die kommen, üben eine starke Sogwirkung aus. Almaniya scheint das „gelobte Land“ zu sein. Klar ist, die Menschen sind gekommen, um zu bleiben. Und die gegenwärtige Politik läßt das zu. Es sei ausdrücklich vermerkt, daß unter den Hunderttausenden mit Sicherheit viele Menschen sind, die in ihrem Heimatland verfolgt werden und um Gesundheit und Leben fürchten müssen, etwa Jesiden und andere Minderheiten, insbesondere aber Christen. Wir erleben seit vielen Jahren eine in der Geschichte noch nie dagewesene, brutale Christenverfolgung weltweit, ein Christen-Schlachten, nicht nur, aber insbesondere in islamischen Ländern. Pro Jahr werden etwa 100.000 nur ihres christlichen Glaubens wegen umgebracht, ein Ende ist nicht absehbar. Aber auch politisch Verfolgte sind unter ihnen. Für alle diese Menschen gilt ohne wenn und aber, daß man ihnen hier Schutz gewähren muß. Man kann ihnen ohne weiteres freiwillig ein Bleiberecht einräumen, selbst wenn sie als Illegale ins Land gekommen sind. Denn ein Zurückschicken würde ihren fast sicheren Tod zu Hause bedeuten. Das geht selbstverständlich nicht.

Die Rolle der Medien

Wer die Berichterstattung in den Medien aufmerksam verfolgt, wird feststellen, daß sie in ihrer Mehrheit positiv über die gegenwärtige Einwanderungswelle sprechen. Sie stehen auf der Seite des linkspolitischen Gesellschaftsexperimentes. Das ist nicht verwunderlich, da die meisten Journalisten politisch im linksgrünen Lager zu Hause sind. Problematisch für die Medien ist nur, daß den Einheimischen keineswegs verborgen blieb, daß die Masse der ankommenden Menschen keinen abgekämpften und erschöpften Eindruck macht. Man sieht keine Kriegsverletzten, dafür aber viele, die mit Smartphone, sauberen Jeans und neuen Adidas ausgestattet sind.

Woher haben sie das? Andererseits gibt es Bilder, wo gespendete Lebensmittel achtlos weggeworfen, manchmal gar vernichtet wurden. Auch gespendete Kleidung fand sich schon zahlreich in

Müllcontainern, Straßengräben und auf Bahngleisen, Lebensmittelpakete des Roten Kreuzes wurden an der mazedonischen Grenze abgelehnt, weil auf die Kästen ein Kreuz aufgedruckt war, was für Muslime ein verabscheuungswürdiges Symbol ist.

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete am 24.9.2015, daß 30 Asylsuchende nur zwei Tage nach ihrer Ankunft in einem Ort bei Wittenberg in einen Hunger- und Sitzstreik traten, weil ihnen die Unterkunft, eine Turnhalle, nicht gefiel, sie wollten keine Sammelunterkunft, sondern Wohnungen mit Privatsphäre. Was werden sie wohl in einem Jahr fordern? Schwer zu vermitteln, daß hier der Satz Jesu zutreffen soll, wonach Christen die Hungrigen speisen, den Durstigen zu trinken geben, Nackte kleiden und Fremde aufnehmen sollen (Mt. 25,31ff). Denn so verhalten sich nicht Menschen, die in großer Not Elend und Verfolgung entkommen sind.

Die Stimmung unter den Einheimischen hier ist natürlich nicht verborgen geblieben. Vereint nach Art eines Kartells halten Politik und Medien dagegen. Ein besonders deutliches Beispiel ist die Plakataktion „Refugees welcome“- Ihr seid willkommen“, eine Aktion der Kieler Nachrichten, der Segeberger Zeitung, unterstützt von der Landeshauptstadt Kiel, der Stadt Neumünster, den Kreisen Plön, Rendsburg- Eckernförde und Segeberg. Die Plakate wurden an alle Haushalte verteilt, waren gedacht für die Haustüren, man sah aber nur wenige, außer an einigen Geschäften und natürlich öffentlichen Gebäuden, sonst nirgends. Unablässig mahnen Politik und Medien eine Willkommenskultur an. Man stellt die Hilfsbereitschaft in Form von Sachspenden als beispielhaft heraus, zeigt Bilder, wie Flüchtlinge im Bahnhof begeistert willkommen geheißen werden. Viele haben auch den Eindruck, daß traurige Schicksale instrumentalisiert werden, um Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Tagelang sah man in den Medien das Bild des kleinen ertrunkenen Jungen, der in Bodrum an die türkische Küste gespült wurde. Der Tod des kleinen Aylan, der nur drei Jahre alt wurde, ist ein trauriges Geschick, ohne Frage, aber gehört so ein Bild in die öffentlichen Medien? Viele empfinden das als pietätlos. Sollte damit signalisiert werden: Wer nicht hartherzig sein will, kritisiere bitte nicht mehr die gängige Aufnahmepraxis der Flüchtlinge. Man täusche sich nicht, Bilder haben eine große Wirkung, man denke nur an das Foto des kleinen Mädchens, das 1972 durch einen amerikanischen Napalmangriff in Vietnam schwer verletzt wurde. Auch das Bild ging um die Welt. Verschwiegen wurde im Falle des kleinen Aylan allerdings, daß sein Vater aus der Türkei kam und nach Europa wollte, weil er neue Zähne brauchte, für etwa 14.000 Euro, die er nicht hatte, aber 4.000 für Schlepper bezahlen mußte, so hat die Tante des Kleinen im kanadischen Fernsehen erklärt, von Sky News veröffentlicht. Es ist bitter, jetzt hat er Frau und zwei Kinder verloren und hat sie in Kobane regulär beerdigt, will auch in Syrien bleiben. Tage später tauchten Meldungen auf, der Vater selbst sei ein Schlepper, habe leichtfertig den Tod von Menschen riskiert. Auch sei der kleine Aylan an ganz anderer Stelle an die Küste getrieben worden, medienwirksam habe man ihn an eine gut überschaubare Küstenstelle gelegt und dann „geborgen“. Die Wahrheit wird wohl nie herauskommen. Aber so oder so: Es fällt schwer, an eine verfolgte Familie zu glauben. Warum berichteten die Hauptmedien das nicht, als es bekannt wurde? Die vielen, brutal vom IS ermordeten Christenkinder kamen fast gar nicht in den Medien vor.

Eine sachliche Auseinandersetzung über den Flüchtlingsstrom ist im Augenblick kaum möglich.

Ganze Fragenkomplexe werden nicht thematisiert: Wieso gerade jetzt diese Flüchtlingsmassen? Sind diese Menschen wirklich Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und des deutschen Grundgesetzes? Wieso gehen sie nicht, da die allermeisten Muslime sind, in die reichen muslimischen Ölstaaten, sondern ausgerechnet in das säkulare und christlich geprägte Europa? Woher haben sie das Geld für die Schlepperbanden? 4.000 bis 5.000 Dollar und mehr sind für den Transfer zu entrichten. Wieso kommen überwiegend junge Männer, deren Leistungsfähigkeit doch eigentlich zu Hause gebraucht würde? Hier sind sie ohne Frauen, wie wirkt sich das aus? Wieso lassen sie ihre Familien zurück, wenn diese in der Heimat bedroht sind? Wieso zeigen die Medien aber vornehmlich selektiv Familien mit kleinen Kindern, wie es der Journalist Claus Cancel vom dänischen Radiosender „Radio 24.7“ beobachtet hat, der in Mazedonien und Serbien mit den Menschenströmen nach Norden zog. Sichern mit den faktisch unkontrollierten Massen auch IS-Terroristen ins Land? Fragen über Fragen. Auch die Frage nach den Kosten des Einwanderungsstromes wird nicht öffentlich in den Medien thematisiert. Man erfährt nichts Genaues. Mancherorts zerfällt die Infrastruktur, Brücken und Straßen müssen saniert werden, manche Schulen sind dringend renovierungsbedürftig. Geld ist keines da. Aber für die Flüchtlinge jetzt plötzlich doch. Wie kann das sein? Weiter hört man im Umkreis von Aufnahmeeinrichtungen immer wieder von Problemen mit den neuen Mitbürgern: Nachbarn beschwerten sich über laute nächtliche Musik und über Vermüllung der Umgebung. Man hört von Streitereien, die untereinander mit Brachialgewalt ausgetragen werden, hört von Drogenkriminalität, sexuellen Belästigungen und sogar von Vergewaltigungen einheimischer Frauen. Christliche Flüchtlinge werden von muslimischen in den Unterkünften belästigt oder gar angegriffen. Warum wird darüber nicht offen gesprochen?

Wer kritische Fragen stellt, gerät indes leicht in den unangenehmen Ruf, ein Ausländerfeind zu sein bzw. ein Rassist oder ein Rechtspopulist. Mit der Nazi-Keule wird jede noch so sachliche Kritik an der Flüchtlings- und Ausländerproblematik vom Tisch gefegt. Alles wird niedergebügelt, was nach Kritik und Widerstand aussieht, bis hin zu üblen Beschimpfungen durch die Politik („-Pack“, „Mischpoke“, „Dunkeldeutsche“), was die Medien ausführlich darstellen. Eine kontroverse, mit sachlichen Argumenten geführte Auseinandersetzung ist kaum mehr möglich. Ein schwerer Fehler. Natürlich sind Brandstiftungen in Unterkünften ein schlimmer Rechtsbruch, man hat aber den Eindruck, daß die Medien so berichten, daß Rechte die Täter gewesen sein könnten, indes die Aufklärungsquote ganz minimal ist. Nicht selten sollen Flüchtlinge selbst schon Feuer gelegt haben. Und was ist mit linker Gewalt? Die redet man eher klein. Es ist besorgniserregend, wie groß die Kluft zwischen „denen da oben“ und „dem Volk da unten“ inzwischen geworden ist. Die Sorgen und Ängste der Einheimischen dürfen offensichtlich keine Rolle spielen, Ängste der Eltern um ihre Kinder, Ängste der Großeltern um Kinder und Enkelkinder. Auch seit Jahren oder gar Jahrzehnten gut integrierte Ausländer sind entsetzt über die gegenwärtigen Ereignisse in Deutschland und besorgt, was die Zukunft bringt. Da die Medien ganz offensichtlich einseitig berichten, weichen immer mehr Leute auf das Internet als Informationsquelle aus.

Sind die Ankommenden integrationsfähig?

Alle treten für eine rasche Integration der Neuankömmlinge ein. Aber wie realistisch ist das? Wer soll die Hunderttausende Schüler unterrichten, die kein Deutsch sprechen? Die Wirtschaft hofft auf billige Arbeitskräfte, was selbst die Arbeitsministerin Nahles kritisch sieht (Junge Freiheit, 11.9.2015). Diejenigen, die einen christlichen Hintergrund haben, sind in der Regel sicherlich integrationsbereit und - fähig, werden es aber nicht leicht haben. Anders sieht es bei den Muslimen aus, und die stellen die Masse der Neuankömmlinge. Schon im Jahre 2005 sagte Bassam Tibi: „Man muß offen sagen, die Religion des Islam erlaubt die Integration nicht. Ein Muslim darf sich einem Nicht-Muslim nicht fügen. Wenn er in der Diaspora lebt, dann ist das eine Notsituation, und er kann sich absondern. Das sagt die normale Religion und nicht eine fundamentalistische Variante.“ (Focus 29/2005) Sogar bei den bereits seit vielen Jahren hier lebenden Muslimen sieht es mit der Integration nicht besonders gut aus. Waren die Einwanderer der 70er und 80er Jahre durchaus noch offen für die Integration, so sind es die jungen der dritten oder vierten Generation immer weniger, Parallelgesellschaften sind entstanden. Diese verfestigen sich natürlich durch die Massen der neu hinzukommenden Muslime. In vielen Städten ist die Integration schon heute gescheitert.

Im Jahre 2008 wurde in Duisburg-Marxloh die bis dahin größte Moschee in Deutschland eröffnet, die Merkez-Moschee, hohe Repräsentanten aus Politik und Kirche waren anwesend. Der Bau war von der EU und dem Land NRW mit 3,2 Millionen Euro gefördert worden (Idea, 29.10.2008). Man sprach vom „Wunder von Marxloh“, es sollte eine Begegnungsstätte und Vorzeigeprojekt für das reibungslose Zusammenleben verschiedener Kulturen sein, wie auch der Stadtteil Marxloh überhaupt ein Vorzeigevierviertel der Einwanderung werden sollte. Die Moschee wurde gelobt für ihre gute Integrationsarbeit (Armin Laschet, CDU). Aber schon zwei Jahre später kamen erste Zweifel auf.

Heute, nur sieben Jahre später, ist die ursprünglich ansässige deutsche Bevölkerung zum großen Teil weggezogen und eine Art muslimisches Ghetto entstanden, in dem andere Werte und Verhaltensmaßstäbe gelten, in das sich selbst Polizisten nur mit Vorsichtsmaßnahmen hineintrauen. Die Gewerkschaft der Polizei fordert ein Gegensteuern, spricht von rechtsfreien Räumen, Polizeibeamte werden „ohne jeden erkennbaren Grund von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen.“ (Blu-News, 30.6.2015; siehe auch Focus vom 30.6.2015 und news.de vom 20.8.2015). Duisburg-Marxloh, nur ein verunglückter Einzelfall? Keineswegs.

Auch in Dortmund, Essen, Berlin-Neukölln und anderswo klagt die Polizeigewerkschaft über ähnliche Zustände. Niemand hat damals auf warnende Stimmen gehört. Natürlich gibt es säkularisierte Muslime, die nur noch Namens-Muslime sind, aber wie werden diese sich verhalten, wenn die Islamisierung zügig voranschreitet, wenn Salafisten und ähnliche Gruppen immer mehr Einfluß bei uns gewinnen?

Der Islam, ein Integrationshindernis? Man muß die Frage leider bejahen. Es hat keinen Zweck mehr, darum herumzureden. Der Glaube ist für die allermeisten Muslime eminent wichtig, was nur die wenigsten im Westen verstehen. Muslime, die in westliche Länder kommen, erleben einen

Kulturschock, sind empört über westliche Lebensweise, Werte und Moralvorstellungen, die man für dekadent hält. Homo- Ehen verachtet man, auch sexuelle Freizügigkeiten der Geschlechter und manches andere. Als Reaktion besinnt man sich verstärkt auf die eigenen islamischen Werte, fühlt sich erhaben über diese verwahrloste Kultur, die man als identisch mit dem Christentum ansieht. Normalerweise liest ein Moslem seinen Koran nicht. Aber koranische Grundsätze und Werte prägen durch die Tradition und Erziehung in der Familie, durch Koranschule, Moscheebesuche usw. fest das Leben dieser Menschen. Allahs Wille ist ewig gültig, und zwar für alle Menschen, er bestimmt das Leben bis in Einzelheiten hinein.

Allah hat festgelegt, daß Juden und Christen Ungläubige und Verfluchte sind (Sure 9,30), die schlechtesten Geschöpfe, die garantiert in die Hölle kommen (Sure 98,6), sie stehen noch unter dem Vieh (Sure 8,55; 7,179; 47,12), einige von ihnen hat Allah gar in Affen und Schweine verwandelt (2,65; 5,60; 7,166). Sie sind Muslimen zu Tribut verpflichtet (Sure 9,29). Von sich selbst nimmt man dagegen an, daß man als Moslem zur besten Gesellschaft gehört, die es überhaupt gibt (Sure 3,110). Gewarnt werden Muslime vor einer Freundschaft mit Ungläubigen: „O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht die Juden und Christen zu Freunden, sie sind untereinander Freunde, und wer von euch sie zu Freunden nimmt, siehe, der ist von ihnen. Siehe, Allah leitet nicht ungerechte Leute.“ (Sure 5,51; siehe auch 3,118; 60,13) Menschen, die diese Grundsätze verinnerlicht haben, können eben nicht integrationsfähig sein. Die Angst vor Allahs Zorn ist zu groß.

Die Flüchtlinge von heute, unsere Herren von morgen? Durch eine Willkommenskultur begeistert aufgenommen? Leider spricht vieles dafür. Während viele noch ihren gesellschaftspolitischen, multikulturellen, multireligiösen und mehr oder weniger antichristlichen und antideutschen Träumen nachhängen, hat die Gegenseite längst die völlige Islamisierung Europas im Auge.

Schon 1980 erklärte der „Europäische Islamrat“ in London: „Islam ist ein Glaube, eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt.“ (Evang. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen Nr. 7, 1.7.1980).

Aktuell hat der Scheich Mohammed Ayad, einer der führenden Imame in Jerusalem, die muslimischen Flüchtlinge öffentlich aufgerufen, Europa zu erobern, indem sie sich mit den Europäern verschmelzen: „Wir werden sie fruchtbar machen. Wir werden Kinder mit ihnen zur Welt bringen, weil wir ihre Länder erobern werden“, (Sputniknews.com, 22.9.2015).

Das kann man nur als Bedrohung empfinden, zumal die Bürger hier merken, daß der eigene Staat die Islamisierung stillschweigend zuläßt oder gar fördert, worauf oben hingewiesen wurde.

Das Beispiel des Libanon, der bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch ein überwiegend christlicher Staat war, ist ein Menetekel, durch islamische Einwanderungswellen und einen daraus resultierenden Bürgerkrieg führen die dort zurückgebliebenen Christen heute ein unterdrücktes Schattendasein. Bürgerkriegsähnliche Unruhen drohen auch unserem Land, von der Regierung schon seit 2009 erwartet (Udo Ulfkotte, Vorsicht Bürgerkrieg, S. 47ff).

Der Erzbischof der Stadt Mossul/Irak, Amel Shimon Nona, wendet sich mit eindringlichen Worten

an die Europäer und Christen des Westens: „Unser heutiges Leiden (Anm.: das der Christen im Irak) ist ein Vorgeschmack darauf, was ihr Europäer und Christen in naher Zukunft erleiden werdet. Ich habe mein Bistum verloren..... doch meine Gemeinde ist noch am Leben. Der Islam sagt nicht, daß alle Menschen gleich sind. Eure Werte sind nicht die seinigen. Wenn ihr das nicht schnell genug versteht, werdet ihr zum Opfer des Feindes, den ihr bei euch zu Hause willkommen heißen habt.“ (Unsertirol24.com, 18.9.2015)

Die Masseneinwanderung als Gottesgericht

Durch den gegenwärtigen Massenansturm bahnt sich ein Gericht Gottes über das einstmals christliche Europa und das einstmals christliche Deutschland an. Der Glaubensabfall ist immens in unserem Volk, Kirchen werden geschlossen und abgerissen. In dem Maße, wie sich der Glaube an den drei- einigen Gott der Bibel verflüchtigt, macht er einem Zeitgeist Platz, nach dem der autonome Mensch glaubt, selbst bestimmen zu können, was gut und böse, richtig und falsch ist. Die Gebote Gottes spielen eine immer geringere Rolle im Leben der meisten Menschen. In den Kirchen hat eine linksliberale Theologie das Sagen. Durch die historisch- kritische Theologie hat man einen Selbst- Säkularisierungsprozeß ausgelöst, der vom christlichen Glauben nicht viel mehr übrig läßt als die Aufforderung, ein guter Mensch zu sein und gut zu handeln. Der Sühnetod Jesu Christi am Kreuz von Golgatha und seine Auferstehung, Kernpunkte christlichen Glaubens, sind längst nicht mehr selbstverständlich für viele Pfarrer. Wenn die frühere Bischöfin und jetzige „Reformationsbotschafterin“, Frau Käßmann, öffentlich ausspricht, ihrer Meinung nach sei Maria, die Mutter Jesu, keine Jungfrau und Joseph sei der leibliche Vater von Jesus gewesen (Spiegel-Interview 30/2013), dann muß man schon die Frage stellen, ob sie überhaupt noch auf dem Boden der Bibel und des Apostolischen Glaubensbekenntnisses steht. Von Kirchenleitungsseite hat man noch keine Kritik an Frau Käßmann gehört. Wie viele Theologen mögen denken wie sie? Gott allein weiß es.

Dem Gericht Gottes geht immer ein Glaubensabfall voraus. Dem Volk Israel hatte Gott Segen und Fluch vorgelegt: „Siehe, ich lege euch heute vor den Segen und den Fluch: Den Segen, wenn ihr gehorcht den Geboten des Herrn, eures Gottes, die ich euch heute gebiete, den Fluch aber, wenn ihr nicht gehorchen werdet den Geboten des Herrn, eures Gottes, und abweicht von dem Wege, den ich euch heute gebiete, daß ihr anderen Göttern nachwandelt, die ihr nicht kennt.“ (5. Mose, 11,26-28) Dazu zwei Beispiele: Immer wieder hat Gott sein Volk Israel in Zeiten des Glaubensabfalls durch Propheten zur Umkehr gerufen. „O Land, Land, Land, höre des Herrn Wort“, rief der Bußprediger Jeremia dem Volk seiner Zeit zu (Jer. 22,29). Vergeblich. Das Volk war verblindet und wandelte neben dem lebendigen Gott auch weiterhin anderen Göttern nach, die Konsequenz war das Gericht, die Babylonische Gefangenschaft.

„Jerusalem, Jerusalem, die du tötetest die Propheten und steinigst, die zu dir gesandt sind! Wie oft habe ich deine Kinder versammeln wollen, wie eine Henne ihre Küken versammelt unter ihre Flügel, und ihr habt nicht gewollt“, ermahnte Jesus zu seiner Zeit das Volk (Mt. 23,37).

Vergeblich. Das Volk Israel war verblindet und wandelte seinen eigenen Vorstellungen vom Messias nach. Die hochgerüstete römische Kriegsmaschinerie vollzog das Gottesgericht im Jahre 70

n.Chr., eine fast 2.000jährige Diaspora folgte.

Was für das Volk des Alten Bundes galt, gilt auch für das Volk des Neuen Bundes. Gott läßt nicht zu, daß wir außer IHM noch Allah nachfolgen, gar erklären, ER und Allah seien identisch, wie dies viele Kirchenleitungen tun. Das Erste Gebot steht dem entgegen. Daran gibt es keinen Zweifel. „Was der Mensch sät, das wird er ernten“, sagt die Bibel (Gal. 6,7). Gott ist ein Gott nicht außerhalb unseres Lebens, er ist ein lebendiger Gott und greift in das Leben ganzer Völker ein.

Aus dem Glaubensabfall folgt die Verblendung, danach das Gericht. Ausgerechnet den zutiefst jüden- und christenfeindlichen Islam läßt er durch die Masseneinwanderung über unser Volk kommen. Es wird verheerend sein, wenn wir nicht umkehren. Gibt es die Chance der Umkehr noch? Im Prinzip ja, aber danach sieht es überhaupt nicht aus. Man huldigt vor wie nach seinen multikulturellen und multireligiösen Ideen, will die dunklen Seiten des Islam nicht sehen. Man hat den Eindruck, daß Politik, Medien und überhaupt die Öffentlichkeit gar nicht so genau wissen wollen, was im Islam steckt, wer Allah ist, man ist regelrecht informationsresistent. Hat Gott uns schon dahingegeben? (Röm. 1,24-28) Die euphorische Willkommensbegrüßung für die Einwanderer und die Aufrufe zur Willkommenskultur sollte man als Verblendung sehen. Gott gebraucht andere Völker, um sein Gericht zu vollstrecken, seien es in der Antike die Babylonier, die Römer oder eben heute ganze Völkerscharen aus islamischen Ländern. ER ist souverän und allmächtig, auch wenn das vielen lächerlich sein mag.

Wie gehen Christen mit der gegenwärtigen und zukünftigen Situation um? Die Gemeinde Jesu Christi hat keine Machtmittel. Sie lebt das Wort Gottes im Alltag, schließt sich unbiblischen Strömungen nicht an, ruft auf zur Umkehr und betet zum drei-einigen Gott für die verantwortlichen Entscheidungsträger in Staat, Kirchen und Gesellschaft, sind so Salz der Erde, das eine bewahrende, konservierende Funktion hat, und Licht der Welt, weisen auf das wahre Licht, Jesus Christus, hin. Sie versuchen, die hereinströmenden Moslems mit dem Wort Gottes zu erreichen, gemäß dem Missionsauftrag Jesu (Mt. 28,19f), da nur Jesus der alleinige Heiland für alle Menschen ist, auch für Moslems, die laut Koran alle in die Hölle kommen (Sure 19,71). Es ist zu unterscheiden zwischen dem antichristlichen Islam und dem Moslem als Mensch, der nicht selten besser als seine Religion ist. Es gilt das Interesse vieler Moslems am christlichen Glauben aufzugreifen. Denn ernüchtert durch die entsetzlichen Greuelthaten von Allahs Kriegern besonders im Nahen Osten und in Afrika (IS, Boko Haram usw.) haben noch nie in der Geschichte des Islam so viele Allah-Anhänger ihrer Religion den Rücken gekehrt und sind zum christlichen Glauben konvertiert wie heute, unter Gefahr für Leib und Leben.

Für Christen ist die bestehende Staatsgewalt eine von Gott gegebene Ordnungsmacht zum Schutz vor Anarchie und Chaos (Röm. 13,1ff). Daß diese Staatsgewalt selbst dem christen- und judenhasenden Islam Tür und Tor öffnet, ist bereits Zeichen des göttlichen Gerichtes und ein deutlicher Hinweis Gottes auf gebotene Umkehr. Das muß in öffentlichen Verlautbarungen und in Gottesdiensten deutlich gesagt werden. Christen haben aber noch eine weitere Möglichkeit. Grundlegend für

unsere staatlich-demokratische Ordnung ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Und das bestimmt in Artikel 20: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ (GG, Art. 20,4)

Leider ist mit Gewaltausbrüchen zu rechnen. Das kommt für Christen jedoch nicht in Frage, auch nicht die Teilnahme an Putsch- und Umsturzversuchen. Als stärkste Waffe des Widerstandes haben Christen das Gebet. Sie können sich aber auch als Bürger des Staates in Briefen, Telefonanrufen usw. an die Politiker und ihre Abgeordneten wenden, können ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Gesprächen, Leserbriefen und öffentlichen Vorträgen wahrnehmen, Petitionen unterschreiben, an friedlichen Demonstrationen, Mahnwachen und Info-Ständen in Fußgängerzonen teilnehmen. Sie können Mitglied in islamkritischen, nicht fremdenhassenden Bewegungen sein. Sie haben das Wahlrecht und überlegen bei der nächsten Wahl genau, welche Partei sie auf dem Wahlzettel ankreuzen. Nicht zur Wahl zu gehen, bringt nichts, es stärkt nur die Parteien, die uns in diese heutige Lage gebracht haben.

Wird ein Umdenken und eine Umkehr erfolgen zu dem lebendigen Gott, um Gottes Gericht noch abzuwenden?

„Herr, unser Gott, wir wissen nicht, was jetzt auf uns zukommt, du aber weißt es. Wenn es sein kann, schenke unserem Volk Buße und Umkehr zu dir, dem einzigen und ewigen Gott. Wenn dies nicht mehr dein Wille ist, sei uns gnädig im Gericht. Amen.“

Lübbecke, im September 2015

Eberhard Kleina, Berufsschulpfarrer i.R. □

www.horst-koch.de

info@horst-koch.de